

Erika Coché, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion,
Angelika Esch, Stadtverordnete, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
12.11.2004

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt

- 1. Vorschlag Renate Hendricks wird in der SPD-Ratsfraktion mit breiter Zustimmung aufgenommen**
 - 2. Ruhenstroth-Bauer: Gender Mainstreaming steigert Zielgenauigkeit der Verwaltung**
 - 3. Studie: "Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk"**
 - 4. Mehr Wachstum durch bevölkerungsorientierte Familienpolitik**
 - 5. Anträge auf Kinderzuschlag jetzt stellen**
 - 6. Termine**
 - 7. Hinweise**
-

1. Vorschlag Renate Hendricks wird in der SPD-Ratsfraktion mit breiter Zustimmung aufgenommen

Auf große Zustimmung ist in der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Uli Kelber gestoßen, Renate Hendricks als SPD-Kandidatin für den zweiten Bonner Landtagswahlkreis aufzustellen. Renate Hendricks engagiert sich seit vielen Jahren in verschiedenen Funktionen in der Bildungs- und Familienpolitik. Sie ist in diesen Politikfeldern eine überparteilich anerkannte Expertin und soll neben "Felix" von Grünberg, der 2000 bereits den nördlichen der beiden Wahlkreise direkt gewonnen hatte, auch den südlichen Wahlkreis für die SPD sichern. Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat: "Renate Hendricks hat sich in der Fraktion vorgestellt und einen hervorragenden Eindruck hinterlassen. Die Fraktion unterstützt den Vorschlag uneingeschränkt, weil Renate Hendricks mit ihren Themen ideal zu unseren Schwerpunkten Bildung und Betreuung passt. Wir wissen, dass das auch für Bonnerinnen und Bonner wichtige Themen sind."

Die Mitglieder der SPD-Fraktion sagten Renate Hendricks alle Unterstützung für den Wahlkampf zu. "Wir wollen die besten Bedingungen für Familien in Bonn schaffen. Das ist auch das Anliegen der SPD-Landesregierung und von Renate Hendricks. In den nächsten Monaten werden wir in zahlreichen Gesprächen und politischen Initiativen in der Bonner Bevölkerung für Programm und Person werben. Wir sind davon überzeugt, dass das Angebot auf Zustimmung stößt," gibt sich Klein zuversichtlich.

Auch die AsF unterstützt die Kandidatur von Renate Hendricks. „Mit Renate Hendricks haben wir eine tatkräftige, kompetente und hoch motivierte Kandidatin, die für das Landtagsmandat die besten Voraussetzungen mitbringt und die für die politischen Inhalte steht die wir vertreten“, erklärte die AsF-Vorsitzende Angelika Esch.

2. Ruhenstroth-Bauer: Gender Mainstreaming steigert Zielgenauigkeit der Verwaltung

Wie lassen sich Verwaltungsmaßnahmen und Gesetze so ausrichten, dass sie von vorneherein die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigen? Welche Vorteile sind mit "Gender Mainstreaming" für die öffentliche Hand verbunden? Spart dies Kosten, welche positiven Beispiele lassen sich nachahmen? Dies sind Themen der Fachkonferenz "Wissensnetz und Pilotprojekte - Basis für Gender Mainstreaming in der Verwaltung", die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 10. November 2004 in Berlin ausgerichtet hat. Vorgestellt wurden

einzelne Pilotprojekte und das Wissensnetz mit den Ergebnissen der 33 Pilotprojekte verschiedener Bundesministerien zu "Gender Mainstreaming".

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Peter Ruhenstroth-Bauer, erklärte: "Gender Mainstreaming fördert die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Gender Mainstreaming sorgt aber auch generell für eine nachhaltige Politik, welche die Vielfalt von Lebenslagen von Frauen und Männern berücksichtigt. Wir wollen durch unsere Politik erreichen, dass alle Menschen entsprechend ihrer individuellen Talente und Potentiale sich frei entfalten und frei von Benachteiligung leben können."

Ruhenstroth-Bauer hob die Arbeitshilfen hervor, die das vom Bundesministerium eingerichtete Wissensnetz unter www.gender-mainstreaming.net bietet. Für die Rechtsetzung und für die Öffentlichkeitsarbeit sind dort praxisbezogene Instrumente abrufbar, die die Anwendung von Gender Mainstreaming erleichtern; ferner sind die 33 Pilotprojekte verschiedener Bundesministerien dargestellt. Sie reichen von der Ressortforschung und der Öffentlichkeitsarbeit über den Jahreswirtschaftsbericht bis hin zu Städtebaupolitik und Regionalberatung im landwirtschaftlichen Bereich. Informationen zu "Gender Mainstreaming" finden Sie unter www.gender-mainstreaming.net

3. Studie: "Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk"

Familienfreundliche Personalpolitik und ein entsprechendes Arbeitsumfeld lohnen sich betriebswirtschaftlich nicht nur in Großunternehmen, sondern auch in kleineren und mittleren Betrieben. Das belegt die Studie "Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk", die die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Dieter Philipp, in Berlin vorgestellt hat. Die Studie der Prognos AG zeigt anhand von Praxisbeispielen aus 18 Handwerksunternehmen aus 14 verschiedenen Gewerken die Einsatzmöglichkeiten von familienfreundlichen Maßnahmen und untersucht die Kosten-Nutzen-Relationen, die diese haben. Die Ergebnisse zeigen, dass Familienfreundlichkeit zu einer höheren Mitarbeitermotivation und Leistungsfähigkeit sowie zu niedrigen Fehlzeiten führt. Damit werden die Unternehmen attraktiver für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit.

ZDH-Präsident Dieter Philipp betonte: "In den vielen Familienbetrieben des Handwerks wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon lange praktiziert. Sie können als Vorbilder dienen, um familienfreundliche Arbeitsbedingungen fortzuentwickeln. Damit werden die gewerblich-technischen Berufe des Handwerks, die teilweise noch Männerdomänen sind, attraktiver für junge Frauen. Aber auch die Männer im Handwerk können so familiäre und berufliche Anforderungen besser in Einklang bringen."

Im Handwerk arbeiten in rund 847.000 Betrieben etwa 5,1 Millionen Menschen (13,3 Prozent aller Erwerbstätigen), mehr als 500.000 Lehrlinge (32 Prozent aller Auszubildenden) erhalten dort eine qualifizierte Ausbildung. Knapp 30 Prozent aller Beschäftigten sind Frauen, 19 Prozent der Handwerksbetriebe werden von einer Geschäftsführerin geführt bzw. mitgeführt. Damit ist der Frauenanteil an den Führungskräften im Handwerk überdurchschnittlich.

Links:

Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=21500.html>

Anlagen:

[PDF] Kurzfassung der Studie "Familienfreundliche Maßnahmen im Handwerk"

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/familienfreundlichkeit-handwerk-kurzfassung,property=pdf.pdf>

(60 kB).

4. Mehr Wachstum durch bevölkerungsorientierte Familienpolitik

BDI, IW Köln und Bundesministerium legen gemeinsames Strategiepapier vor. Der demographische Wandel stellt die Familienpolitik in Deutschland vor neue Herausforderungen. Aufgabe einer nach-

haltigen Familienpolitik ist es, auch bevölkerungspolitische Aspekte aufzunehmen. Langfristige Erfolge sind nur mit einem "Politik-Mix" aus Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und betrieblicher Personalpolitik zu erwarten. Das sind die zentralen Ergebnisse des gemeinsamen Symposiums "Wachstumsfaktor bevölkerungsorientierte Familienpolitik" des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Berlin.

Bundesministerium, BDI und IW Köln legten ein gemeinsames Strategiepapier vor. Darin werden die positiven Auswirkungen einer höheren Geburtenrate auf den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand Deutschlands beschrieben und konkrete Handlungsfelder benannt, die aus der demographischen Krise herausführen können.

Als zentrales Problem wird in dem Papier der absehbare Rückgang des Arbeitskräfteangebotes hervorgehoben, der sich negativ auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland auswirkt.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, hob hervor: "Mit einer nachhaltigen, bevölkerungsorientierten Familienpolitik wollen wir einen Trend zu mehr Kindern anstoßen. Bevölkerungsorientierung bedeutet nicht, dass Menschen Kinder bekommen sollen, die sie sich nicht wünschen - sondern sie dient dazu, dass Menschen ihre vorhandenen Kinderwünsche verwirklichen können. Das Beispiel Deutschland hat gezeigt, dass reine Transferleistungen ohne eine generelle Verbesserung der Infrastruktur hinsichtlich der Geburtenentwicklung wirkungsschwach sind. Deshalb haben wir einen Strategiewechsel eingeleitet: Weg von der Fixierung auf immer mehr Geldleistungen hin zu einer Familienpolitik besserer Infrastrukturen, begleitet von einer neu zentrierten finanziellen Förderung und einer familienfreundlichen Unternehmenskultur."

Nach Ansicht von BDI-Präsident Michael Rogowski müsse das heutige Erwerbspotenzial besser ausgeschöpft werden. "Die Unternehmen sind auf die sehr gute Qualifikation der Frauen angewiesen. Berufstätige Frauen müssen sich häufig nach der Geburt eines Kindes für längere Zeit aus dem Berufsleben verabschieden oder aber sie verzichten ganz auf Nachwuchs, weil eine Kombination von Kind und Beruf nicht möglich erscheint. Hier ist auch die Wirtschaft aufgefordert, flankierende Maßnahmen zu ergreifen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeitmodelle, Wiedereinstiegsprogramme nach der Elternzeit und Betriebskindergärten können hier helfen und werden schon in der betrieblichen Praxis angeboten."

Der IW-Direktor Prof. Hüther betonte, dass durch einen Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden könne. "Dadurch werden zwei Ziele gleichzeitig erreicht: Müttern wird die Möglichkeit gegeben, trotz der Kindererziehung einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Gleichzeitig werden durch den Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung familiär bedingte Bildungsunterschiede der Kinder verringert und die Chancengerechtigkeit verbessert. Damit wird die Wissensbasis für die Zukunft verbreitert und der Zugang von Akademikerinnen zum Arbeitsmarkt trotz Familiengründung verbessert."

BDI, IW Köln und Bundesministerium sehen fünf zentrale Handlungsfelder, an denen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam ansetzen müssen:

- 1) Kinderbetreuung ausbauen
- 2) Kinder früh fördern
- 3) Finanzielle Förderung effizienter einsetzen
- 4) Unternehmenspolitik familienorientiert gestalten
- 5) Familienfreundliche Initiativen vor Ort unterstützen

Kontakt:

Thomas Hüne, Bundesverband der Deutschen Industrie, Tel.: (030) 2028 1449

5. Anträge auf Kinderzuschlag jetzt stellen

Ab dem 1. Januar 2005 haben gering verdienende Eltern Anspruch auf eine neue gezielte familienpolitische Leistung. Der Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro pro Kind und Monat tritt zeitgleich mit dem neuen Arbeitslosengeld II in Kraft. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und

Jugend rät gering verdienenden Eltern, jetzt einen Antrag auf den Kinderzuschlag bei der Familienkasse der örtlichen Agentur für Arbeit zu stellen. Die Familienkasse prüft dann, ob ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlags besteht.

Der Einkommensbereich, in dem Familien Kinderzuschlag erhalten können, hängt von individuellen Verhältnissen ab.

Der Kinderzuschlag muss schriftlich beantragt werden. Antragsformulare und Informationsmaterial sind im Internet www.kinderzuschlag.de oder den Familienkassen der örtlichzuständigen Agenturen für Arbeit erhältlich. Damit alle Berechtigten die Leistung pünktlich zum 1. Januar 2005 erhalten können, sollte ein Antrag so bald wie möglich gestellt werden.

6. Termine

Zum sechsten Mal verleiht das Deutsche Komitee für UNIFEM am **Mittwoch, 17. November**, 19 Uhr, im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Willy-Brandt-Allee 14 in Bonn den Deutschen UNIFEM-Preis für Programme und Projekte von Frauen in sich entwickelnden Ländern.

Zur Preisverleihung sprechen:

Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Joanne Sandler, Stellvertretende Exekutiv-Direktorin UNIFEM

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Karin Nordmayer, Vorsitzende des Deutschen Komitees für UNIFEM.

Vor der Preisverleihung wird es um 17 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion geben. Über „Frauen in Landwirtschaft und Ernährung“ sprechen unter der Moderation der Deutschlandfunk-Journalistin Jule Beate Reimer:

Joanne Sandler, stellvertretende Exekutivdirektorin von UNIFEM

Heike Voggenthaler, Katholische Landjugendbewegung

Dr. Susanne Gura, International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM).

Am 18. November findet eine Tagung zum Thema "Frauenpower in Landwirtschaft und Ernährung" in Anwesenheit der Preisträgerinnen des diesjährigen Wettbewerbs "Deutscher UNIFEM -Preis 2004", statt. Das Programm ist unter: www.unifem.de abzurufen

Am 19.11.2003 laden Frauen christlicher Kirchen in Kooperation mit dem Frauen Museum und der Gleichstellungsstelle der Stadt Bonn zum Ökumenischer Frauengottesdienst und zur Ausstellung "Katharina II. - mächtig, aber auch groß?" ein:

um 19:00 Uhr im Frauen-Museum Bonn, Im Krausfeld 10, 53111 Bonn

7. Hinweise

Hinweisen möchten wir auf die verschiedenen newsletter der SPD-Fraktion:

Newsletter der Ratsfraktion zu allen aktuellen kommunalpolitischen Themen;

Newsletter „Kinder, Jugend, Familie“;

Newsletter „Planung / Verkehr“;

Newsletter „Umwelt“;

Newsletter „Soziales“

Newsletter „Kultur“

Newsletter „Schule“

Sie können die newsletter bestellen unter

spd.ratsfraktion@bonn.de oder www.spd-bonn-im-rat.de